

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Bernhard Heinisch

Abg. Christiane Feichtmeier

Abg. Richard Graupner

Abg. Florian Siekmann

Abg. Holger Dremel

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**

**Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)**

**Üben für den Fall X: Für eine zielgerichtete Ausbildung zum Thema**

**Krisenbewältigung an den staatlichen Feuerweherschulen ([Drs. 19/12395](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung ganzheitlich denken -**

**Aus- und Fortbildung von Feuerwehr und Rettungsdiensten stärken,**

**Ausbildungskapazitäten der Feuerweherschulen erhöhen und echte**

**Helfergleichstellung einführen! ([Drs. 19/12412](#))**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Heinisch für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vergangenen Jahre haben uns eindrücklich vor Augen geführt, dass Krisen und Katastrophen längst keine abstrakten Szenarien mehr sind. Die Flutkatastrophe im Ahrtal, schwere Unwetterereignisse, Waldbrände, Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur und nicht zuletzt die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa zeigen: Unsere Gesellschaft muss widerstandsfähiger werden.

Wenn es darauf ankommt, sind es unsere Feuerwehren, die als Erste vor Ort helfen. Sie leisten tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Dafür gebührt allen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern unser ausdrücklicher Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Doch die Herausforderungen verändern sich: Neben die klassischen Aufgaben der Brandbekämpfung und der technischen Hilfeleistung treten zunehmend komplexe Krisenlagen. Dazu gehören großflächige Stromausfälle, Störungen der kritischen Infrastruktur, Versorgungsausfälle oder auch die Folgen hybrider Bedrohungen. Gerade in solchen Situationen kommt den Feuerwehren eine Schlüsselrolle zu. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, ein modernes Aus- und Fortbildungskonzept zu entwickeln, mit dem Ausbildungsinhalte aus den Bereichen Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung systematisch vermittelt und geübt werden können.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, neue bürokratische Strukturen zu schaffen oder bestehende Ausbildungswege grundlegend umzubauen. Vielmehr sollen die Inhalte in bestehende Ausbildungsformate integriert und praxisnah und effizient auf die tatsächlichen Anforderungen vor Ort zugeschnitten werden. Die drei staatlichen Feuerweherschulen in Würzburg, Regensburg und Geretsried verfügen bereits heute über hohe fachliche Kompetenz und umfangreiche Ausbildungserfahrung. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen und gezielt weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig müssen dezentrale Ausbildungsangebote bei den Feuerwehren vor Ort einbezogen werden; denn die Stärke unseres Feuerwehrwesens liegt gerade in seiner flächendeckenden Verankerung in ganz Bayern. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf Blackout-Szenarien gelegt werden. Die Sicherstellung der Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Fällt der Strom über einen längeren Zeitraum aus, geraten Kommunikation, Wasserversorgung, Gesundheitswesen und viele weitere Bereiche schnell unter Druck. Die Feuerwehren müssen deshalb wissen, welche Aufgaben auf sie zukommen, wie Einsatzabläufe organisiert werden können und wie die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen im Krisenfall funktioniert.

Unser Dringlichkeitsantrag verfolgt zudem das Ziel, Transparenz über die bestehenden Ausbildungskapazitäten und die bereits vorhandenen Ausbildungsinhalte zu schaffen. Deshalb bitten wir die Staatsregierung um einen schriftlichen Bericht an den Landtag. Nur wenn wir den aktuellen Stand kennen, können wir beurteilen, wo weiterer Handlungsbedarf besteht und wie vorhandene Strukturen optimal genutzt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bevölkerungsschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wer Krisen bewältigen will, muss vorbereitet sein, bevor die Krise eintritt. Ausbildung und Übung sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren. Mit unserem Antrag stärken wir die Handlungsfähigkeit unserer Feuerwehren und leisten einen wichtigen Beitrag zur Resilienz unseres Landes. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Christiane Feichtmeier. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU mit dem Titel "Üben für den Fall X". Wir, die SPD-Landtagsfraktion, stimmen diesem Antrag zu; denn die Zielrichtung ist richtig. Unsere Feuerwehren brauchen bestmögliche Ausbildung, realistische Übungen und klare Konzepte für die Krisen unserer Zeit. Wir möchten aber diesen Antrag erweitern. Wer im Ernstfall helfen will, muss vorher üben können. Wer Verantwortung übernehmen soll, braucht Ausbildung. Und wer Bevölkerungsschutz ernst nimmt, darf ihn nicht erst dann organisieren, wenn die Krise schon da ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, erstaunlich war für mich, dass dieser Antrag heute als Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde. Sie fordern heute Ihre eigene Staatsregierung auf, ein Aus- und Fortbildungskonzept für

die Krisenbewältigung an den staatlichen Feuerweherschulen zu entwickeln. Da stellt sich für mich die Frage: Warum liegt dieses Konzept eigentlich nicht schon längst vor? Wir hatten in den vergangenen Jahren genügend Warnsignale: Pandemie, Hochwasser, Waldbrände, Blackout-Debatten und eine veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa.

Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz und Krisenresilienz sind keine theoretischen Themen mehr; sie sind staatliche Vorsorge. Für uns von der SPD ist klar: Ein Konzept ist notwendig; aber ein Konzept allein reicht nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung müssen ganzheitlich gedacht werden, als gemeinsame Aufgabe von Feuerwehren, Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen und dem Katastrophenschutz. Deshalb fordern wir, dass gemeinsame Ausbildungs- und Übungsmodule für die Feuerwehren, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen und weitere Akteure entwickelt und umgesetzt werden. Der Fokus muss auf Großschadenslagen, Massenanfällen von Verletzten, Hochwasserereignissen, lang andauernden Stromausfällen sowie Krisen- und Verteidigungsszenarien liegen. Auch unser Vorstoß zur Einführung einer Spezialeinheit zur Waldbrandbekämpfung muss im Aus- und Fortbildungskonzept berücksichtigt werden.

Die Ausbildungskapazitäten an den bayerischen Feuerweherschulen sind seit Jahren zu knapp. Viele Feuerwehrdienstleistende müssen zu lange auf Lehrgänge warten. Das ist keine Nebensache; das ist eine Frage der Einsatzfähigkeit. Deshalb brauchen wir dringend konkrete Verbesserungen, massiv mehr Lehrkapazitäten, moderne E-Learning-Plattformen, mehr Personal, mehr Lehrgangsplätze und Feuerweherschulen, deren Liegenschaften baulich und technisch auf dem neuesten Stand sind.

Wenn wir über Krisenbewältigung sprechen, müssen wir auch über Helfergleichstellung sprechen. Im Ernstfall arbeiten die Feuerwehren, das THW, das BRK, der ASB, die DLRG, die Johanniter, die Malteser und viele andere Seite an Seite. Dann dürfen

Freistellung, Absicherung, Erstattung, Ausbildung und Anerkennung nicht davon abhängen, bei welcher Organisation eine Person ehrenamtlich aktiv ist. Gerade Angehörige der Rettungsdienste dürfen bei den Freistellungen für Aus- und Fortbildung nicht schlechtergestellt werden als andere. Deshalb brauchen wir endlich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen nicht nur einen Bericht mit Bestandsaufnahme, wir brauchen konkrete Verbesserungen, zum Beispiel Ausbildungskapazitäten, organisationsübergreifende Übungen, moderne Inhalte, einsatzfähige Feuerweherschulen und gleiche Rechte für alle Helferinnen und Helfer. Unsere Einsatzkräfte sind bereit. Jetzt müssen wir die Bedingungen schaffen, die unsere Feuerwehren und Rettungskräfte für ihren Dienst brauchen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Richard Graupner für die AfD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Richard Graupner (AfD):** Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER greift ein durchaus wichtiges Thema auf, nämlich den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Als Kommunalpolitiker war es mir in den letzten Jahrzehnten gerade bei uns in Schweinfurt immer ein ganz wichtiges Anliegen, den Bevölkerungsschutz und den Katastrophenschutz zu stärken. Leider hat man dieses Thema damals vor Ort lange als ewig gestrig, verstaubt usw. abgebügelt. Es ist gut, dass zwischenzeitlich ein Umdenken stattgefunden hat.

Konkret zielt der vorliegende Dringlichkeitsantrag auf die Ausbildungssituation bei den Feuerwehrkräften. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass neben unseren Freiwilli-

gen Feuerwehren und den Berufsfeuerwehren auch die anderen in den Katastrophen- und Zivilschutz eingebundenen Kräfte seit Jahr und Tag ganz hervorragende Arbeit leisten. Zu nennen sind hier die freiwilligen Hilfsorganisationen und das THW. Dafür an dieser Stelle unseren aufrichtigen Dank.

Die Stoßrichtung des Antrags ist durchaus richtig. Es geht darum, für die Feuerwehren ein Aus- und Fortbildungskonzept zu den Themenbereichen Bevölkerungsschutz und Krisenbewältigung zu entwickeln. Das soll im Rahmen bereits bestehender Ausbildungsformate geschehen. Dies soll sowohl an den drei staatlichen Feuerweherschulen als auch dezentral bei den Feuerwehren vor Ort geschehen. Als konkrete thematische Schwerpunkte werden neue geopolitische Bedrohungslagen sowie die Gefahr eines Blackouts genannt.

Tatsächlich haben wir die Situation, dass diese Themenfelder bei THW und Hilfsorganisationen in der Ausbildung schon fortgeschrittener als bei unseren Feuerwehren implementiert sind. Das liegt vor allen Dingen an der näheren Anbindung an den Zivilschutz. Während die technische Aufrüstung unserer Feuerwehren, etwa die Beschaffung von Netzersatzanlagen, voranschreitet, werden entsprechende Inhalte in den Feuerweherschulen zurzeit vor allem für die Führungskräfte angeboten.

Damit könnte ich an dieser Stelle eigentlich schließen. Man könnte sagen, angesichts dieses Ausbildungsdefizits ist der Dringlichkeitsantrag zu begrüßen, nun, macht mal. Trotzdem will ich noch kurz auf ein paar bedenkenswerte Probleme eingehen, die sich in der Praxis bei der Umsetzung neuer Ausbildungs- und Lernkonzepte ergeben. Das sind im Übrigen auch Aspekte, die immer wieder von den kommunalen Spitzenverbänden stark gemacht werden. Eine dezentrale Ausbildungsoffensive scheitert ja oft nicht am Willen, sondern an personellen, zeitlichen und materiellen Kapazitäten.

Nehmen wir den Faktor Zeit. Freiwillige Feuerwehrleute leisten ihren Dienst in ihrer Freizeit. Zusätzliche Ausbildungsinhalte bedeuten mehr Stunden. Falls dann noch zusätzliche Bürokratie wegen neuer Pflichtausbildungsmodulen anfällt, besteht im

schlimmsten Falle die Gefahr, dass weniger Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Darum ist auch die Formulierung "im Rahmen bestehender Ausbildungsformate" im Antragstext durchaus wichtig.

Nehmen wir den Faktor Geld. Wenn der Freistaat neue Ausbildungsinhalte fordert, muss er den Kommunen auch die nötigen Fördermittel für Ausbildungsmaterialien, Übungsunterlagen und eventuellen Verdienstaufschlag bereitstellen.

Zuletzt der Faktor Personal. Um die nötigen Multiplikatoren überhaupt erst auszubilden, benötigen die drei staatlichen Feuerweherschulen zusätzliches qualifiziertes Personal. Die Schulen klagen jedoch schon jetzt über akuten Fachkräftemangel und Kapazitätsgrenzen.

Die praktische Umsetzung und die Ressourcenfrage sind also die beiden größten Knackpunkte dieses Antrags. Man kann diesen aber mit durchdachten und maßgeschneiderten Konzepten durchaus begegnen.

Zu denken wäre hier etwa an konsequente Nutzung von Multiplikatoren wie etwa Kreisbrandinspektoren oder Feuerwehrkommandanten. Diese könnten dann die Lerninhalte mit Hilfe fertiger Übungsmodule von ihrer Ausbildung an den Feuerweherschulen direkt in die Landkreise und Gemeinden tragen. Basiswissen, vor allen Dingen zu Blackout-Szenarien, sollte zudem in der bereits bestehenden modularen Truppausbildung integriert werden.

Zu denken ist auch an die verstärkte Nutzung von digitalen Lernmodulen und hybridem Lernen. Theoretische Grundlagen, zum Beispiel zu geopolitischen Bedrohungen oder dem Bayerischen Katastrophenschutzgesetz, sollten bereits im Vorfeld über E-Learning-Plattformen der Feuerweherschulen vermittelt werden. So kann die Präsenzzeit der Feuerwehrleute vor Ort effektiv für Praxis und Übung genutzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Handlungsbedarf ist unbestritten. Es kommt jetzt darauf an, ihn intelligent, schnell, kosten- und bürokratiearm umzusetzen. Wir von

der AfD stimmen diesem Antrag daher zu. Dem Nachzieher der SPD könnte man zustimmen, wenn er ein nachvollziehbares Finanzierungskonzept hätte. Das hat er nicht; deswegen lehnen wir diesen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Florian Siekmann. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der Dringlichkeitsantrag als auch der Nachzieher sind auf jeden Fall gut gemeint. Wir werden ihnen zustimmen.

Ich muss aber schon sagen: Die Erkenntnis, dass die Ausbildungskapazitäten an den staatlichen Feuerweherschulen möglicherweise nicht ausreichen, hat Sie schon mit gewaltiger Verspätung erreicht. Dass das Parlament jetzt einen Bericht von der Regierung einfordert, ist vielleicht ein etwas schwaches Signal, weil wir die Analyse für die Ausbildungskapazitäten schon vor zwei Jahren gemacht haben. Wir wissen also genau, wie es an den staatlichen Feuerweherschulen aussieht.

Im Jahr 2024 war es so, dass auf 36.335 Interessent:innen für Kurse bloß 15.145 zugeteilte Plätze kamen. Das heißt, dass gerade einmal 42 % der Personen, die einen Lehrgang an der Feuerweherschule absolvieren wollten, überhaupt einen Platz bekamen. Das betrifft den Kernbereich der Feuerwehr. Das betrifft die Ausbilder, das betrifft Gerätewarte, Drehleitermaschinisten, Jugendwarte.

Bei den bereits bestehenden Katastrophenschutzlehrgängen sieht es aber noch viel schlimmer aus. Die Katastrophenschutzlehrgänge sollen ja eigentlich für Katastrophenschutzvorsorge da sein. Besonders katastrophal sieht es da bei der Platzzuteilung aus. Beim Grundlehrgang für die Führungsgruppe Katastrophenschutz, also für

das zentrale Steuerungsorgan in einer Katastrophe, kommen nur 36 % der Personen zum Zug. Das heißt, zwei Drittel der Personen, die sich für die Stabsarbeit im Katastrophenfall fit machen wollen, bekommen keinen Platz. Beim Aufbaulehrgang bekommen 94 % der Personen keinen Platz. Auch beim Aufbaulehrgang für die Bevölkerungsinformation, wo es darum geht, dass die Menschen sich dann richtig verhalten, bekommen viel zu viele keinen Platz. Auch beim Abschlusslehrgang "Örtlicher Einsatzleiter", also bei der Person, die im Katastrophenfall vor Ort die Verantwortung trägt, bekommen 68 % keinen Platz.

Diese mangelnde Kapazität bei den Ausbildungslehrgängen eben auch im Bereich des Katastrophenschutzes ist am Ende ein Risiko – ein Risiko für die Einsatzkräfte vor Ort, ein Risiko bei der Bewältigung der Katastrophe. Es gehört zu unserer Fürsorgepflicht für die Bevölkerung im Land, aber auch für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte, diesen Flaschenhals bei der Ausbildung endlich zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass überhaupt erst einmal alle, die sie brauchen und wollen, die Lehrgänge jetzt schon besuchen können, bevor wir neue einrichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich ist die Kapazität an den örtlichen Feuerweherschulen endlich. Das heißt aber, dass wir massiv in die Standortschulung investieren müssen. Das gilt vor allem für das angesprochene Blackout-Szenario. Ob ich bei einem Stromausfall vor Ort handlungsfähig bin oder nicht, hängt maßgeblich von der Infrastruktur, den örtlichen Gegebenheiten und den Mitteln ab, die ich vor Ort zur Verfügung habe. Das heißt, gerade das ist ein Szenario, das man viel weniger an der Feuerweherschule, sondern viel besser vor Ort lernen kann. Dafür muss man aber natürlich auch Ausbilder:innen in die einzelnen Feuerwehren, in die Landkreise schicken können, die die Szenarien dann vor Ort beüben. Das heißt, das ist etwas, was nicht nur an der Feuerweherschule, sondern auch vor Ort stattfinden sollte.

Dafür braucht es eben Personal. Dafür braucht es an den Feuerweherschulen eine bessere personelle Ausstattung.

Ich denke, angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Weltlage, angesichts der Frage, wie wir es schaffen, den Bevölkerungsschutz, für den wir hier im Land Verantwortung tragen, und den Zivilschutz, der ja am Ende auch von Kräften des Katastrophenschutzes, von Kräften der Feuerwehr bewältigt werden muss, auf das Niveau zu heben, das wir brauchen, um in so einer Lage handlungsfähig zu sein, führt kein Weg daran vorbei, dass wir die Feuerweherschulen personell stärken, die Flaschenhalse in der Ausbildung auflösen und dafür sorgen, dass alle Leute, die einen Lehrgang machen wollen und damit auch ihre Zeit und ihre Energie zur Verfügung stellen, ihn am Ende auch machen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Holger Dremel. Bitte, Sie haben das Wort.

**Holger Dremel (CSU):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner Rede will ich erst einmal sagen, dass die Feuerweherschulen in Bayern eine hervorragende Arbeit machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, zur Ausstattung. Ich lege Ihnen ans Herz: Besuchen Sie doch beispielsweise einmal die Feuerweherschule in Würzburg! Informieren Sie sich, schauen Sie sich an, was da alles läuft!

(Christiane Feichtmeier (SPD): Schon gemacht!)

Es ist nicht ganz das Drama, das Sie jetzt gerade geschildert haben. Sicherlich können wir mehr Ausbildungsplätze gebrauchen. Sicherlich müssen wir uns auch auf neue Krisen vorbereiten. Wir nehmen das Thema Bevölkerungsschutz und das Thema Katastrophenschutz seit Jahren sehr, sehr ernst.

Hier wird auch im Staatsministerium des Innern sehr gute Arbeit geleistet. Ich will an der Stelle auch unseren Innenminister mit seinem Staatssekretär loben, der heute leider nicht da sein kann; er ist auf dem Weg zur Innenministerkonferenz nach Hamburg.

Wie gesagt, Bayern tut sehr viel für Bevölkerungsschutz und Zivilschutz. Ich glaube, das brauchen wir auch nicht schlechtzureden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, die Welt hat sich verändert. Ich glaube, auch das Innenministerium braucht keine Aufforderung. Lieber Kollege Heinisch, wir haben in unserem gemeinsamen Antrag formuliert, dass wir überprüfen wollen, wie wir Katastrophenschutz und Zivilschutz noch mehr in die Feuerwehrausbildung integrieren.

Ich glaube, bei veränderten Bedingungen ist es gut, wenn sich auch unsere Sicherheitskräfte letztendlich anders einstellen können; denn, meine Damen und Herren, es ist natürlich so, dass – die Kameradinnen und Kameraden von der Feuerwehr wissen das – an den Feuerweherschulen nicht alle Ausbildungen stattfinden, sondern es findet auch sehr viel daheim in den Kreisbrandinspektionen und in den örtlichen Feuerwehren statt.

Ich möchte allen 450.000 Helferinnen und Helfern der Blaulichtfamilie, die bei 430.000 Freiwilligen liegt, erst einmal an dieser Stelle auch meinen herzlichen Dank aussprechen: Wenn es euch im Ehrenamt nicht gäbe, dann müssten wir über diesen Antrag heute auch nicht reden. Danke für die Arbeit, die ihr leistet. Ihr leistet Großartiges.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weil wir in der Krise letztendlich auf jede Herausforderung vorbereitet sein müssen, rede ich nicht nur als innenpolitischer Sprecher, sondern auch als Teil dieser Blaulichtfamilie, als BRK-Kreisvorsitzender – jede Sekunde zählt –, aber auch als passiver

Feuerwehrlern. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir so viele Freiwillige haben. Ich habe es bereits gesagt.

Wir brauchen immer wieder die richtigen Ausbildungen. Deswegen war die Idee hinter unserem gemeinsamen Antrag zu hinterfragen, was wir schon alles machen. Lasst uns das in bestehende Komplexe einbauen, und lasst uns das einfach noch weiter gemeinsam verbessern – ohne einen negativen Appell, dass alles schlecht sei.

Lieber Kollege Siekmann, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich freue mich immer wieder, wenn ich als innenpolitischer Sprecher in ganz Deutschland unterwegs bin, mich mit den Kollegen der CDU in Schleswig-Holstein oder in Niedersachsen austausche und dann letztendlich die Kolleginnen und Kollegen abhole und frage: Was macht ihr im Bereich innere Sicherheit? Was macht ihr im Bereich Feuerwehren?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und auch der FREIEN WÄHLER, ich denke, wir brauchen uns hier nicht zu verstecken. Wir machen da sehr viel, auch für unsere Feuerweherschulen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der festen Überzeugung: Lasst uns das meinetwegen in die modulare Truppenausbildung integrieren oder in die jährliche Winterschulung, die an der Feuerweherschule in Würzburg stattfindet, oder letztendlich in Geretsried. Wie viele von euch wissen, gibt es da die Abteilung 4 "Katastrophenschutz und PSNV". Auch hier können wir etablierte Strukturen, die sich bereits auf diesen Weg begeben haben, einfach noch verfeinern, einfach noch nachbessern, schauen, was es wirklich braucht. Genau da setzen wir an. Genau das ist unser Antrag: Wir wollen verbessern und gemeinsam verbessern, für die Sicherheit in Bayern, aber auch für unsere Feuerwehren in Bayern.

Meine Damen und Herren, die Feuerwehren in Bayern sind bereit, sich der neuen Realität zu stellen. Sie sind bereit für neue Aufgaben. Es geht nicht darum, heute hier Angst zu schüren, so wie es jetzt teilweise gemacht worden ist. Es geht letztendlich

darum, Verantwortung zu übernehmen und uns auf das vorzubereiten, was unsere Einsatzkräfte im Einsatzfall letztendlich auch erwartet.

An der Front der Krisenbewältigungen verdienen die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden nämlich das Beste: die beste Ausbildung, die beste Ausrüstung und die beste Unterstützung auch dieses Hohen Hauses. Deswegen sage ich an dieser Stelle noch mal allen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden unseren herzlichen Dank im Namen der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte daher, unserem Antrag zu folgen und ihm zuzustimmen. Aus der Opposition ist ja auch Bereitschaft erkennbar, dies zu tun.

Liebe Kollegin, zum Antrag der SPD: Wir haben bereits in der kommenden Woche ähnliche Themen auf der Tagesordnung, die wir intensiv im Innenausschuss des Bayerischen Landtages beschließen und besprechen können.

(Anna Rasehorn (SPD): Dann könnten wir es ja jetzt schon beschließen!)

Am Thema Helfergleichstellung sind wir bereits dran, wie die Kollegin Feichtmeier auch weiß. Auch bei den anderen Themen sind wir auf einem guten Weg. Nächste Woche sprechen wir im Innenausschuss weiter darüber.

Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag und um Ablehnung des SPD-Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/12395 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion FREIE WÄHLER, die AfD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/12412 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, die Fraktion FREIE WÄHLER und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.